

Ecuador – Soziale Inklusion nur auf dem Papier? Das Recht auf Wohnen und Arbeiten in Städten
20.10.2016
Anne Herrberg

ATMO Film von Jessica

Wissen Sie wie viele Menschen und Kinder in diesem Gebäude wohnen? Nun sollen wir weg, damit Häuser für Reiche gebaut werden. Um uns herum sind schon lauter Reiche. Aber wir wollen nicht weg, wir verstehen uns gut, die Lehrer an der Schule sind nett. Helfen Sie uns den Museum Square zu retten

Das Video zeigt die 9-jährige Jessica Tang. Ihre Familie soll gemeinsam mit 300 anderen aus einem Sozialbau im Herzen der US-Hauptstadt Washington ausziehen. Es gibt Gesetze, die sie schützen, doch die Hausbesitzer stören das immer weniger, sagt Michael Kaine, Direktor der nationalen Mieterschutz-Agentur HUD

OT Michael

Das passiert überall in Washington und anderen US-Städten. Immer mehr Menschen drängen in die Städte, die Mietpreise explodieren, das verspricht enormen Profit und was ist das Ergebnis. Immer mehr Leute werden aus den Zentren vertrieben, es gibt immer mehr Obdachlose. Allein in Washington haben wir in den letzten zehn bis 15 Jahren 400.000 Sozialwohnungen für Bedürftige verloren.

Washington, Tokio, Johannesburg – bezahlbarer Wohnraum fehlt weltweit - auch in Deutschland, das international noch als Vorbild gilt, wenn es um die Regulierung des Mietmarktes geht. Auf dem UN-Siedlungsgipfel wird die „inklusive Stadt für alle“ gefordert, doch eines der größten Hindernisse dafür, werde nicht beim Namen genannt, kritisiert Katie Nissam vom Netzwerk Radical Housing Network aus London

OT Katie

Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen, aber es ist zur Ware geworden, mit der spekuliert wird. Der Markt ist nicht sozial, er grenzt aus, aber der öffentliche Sektor zieht sich aus seiner Pflicht zu regulieren immer mehr zurück, das ist ein Rückschritt im Bezug auf die letzte Habitat Konferenz. Und das, obwohl wir doch gerade erst einen gigantischen Finanzcrash erlebt haben, der mit eben mit dem Immobilienmarkt verbunden war.

Das Recht auf Stadt – genau bei diesem Thema bleibe die neue Stadtentwicklungsagenda auf der Habitat verdächtig unkonkret, kritisieren soziale Netzwerke aus aller Welt. Dazu gehöre auch das Thema Vertreibungen, sagt der indonesische Architekt Marco Kusumawijaya – und manche neuen Infrastrukturprojekte, auch wenn sie gut gemeint wären, bedeuteten gerade in Megastädten oft die Zerstörungen von Wohnraum der Armen

OT Marco

Da ist zum Beispiel der Plan, die Bucht von Jakarta durch einen Damm zu schützen. Unabhängig davon, dass das Projekt an sich schlecht geplant ist, werden dadurch 22.000 Fischerfamilien umgesiedelt, wie es heißt. Aber es sind gewaltsame Vertreibungen und Entwurzelung aus ihrem kulturellen Kontext und ihren Arbeitsplätzen.

In den Megastädten Asien, Afrikas und Lateinamerikas leben heute schon rund 900 Millionen Menschen in so genannten informellen Siedlungen - Slums, Favelas, Shantytowns – die oft an den Rändern, weit außerhalb der Zentren angesiedelt sind. Es finde eine Grenzziehung statt, sagt die brasilianische Soziologin Sonia Dias

OT Sonia

Es gibt einen klaren Stereotyp: Die in den informellen Siedlungen gelten als kriminell, illegal, nicht zugehörig. Die meisten arbeiten zudem im sogenannten informellen Sektor, denn eine andere Arbeit gibt es nicht, vor allem nicht für sie. Doch das ist auch Teil des Systems, denn immer mehr Jobs werden ausgelagert, Unternehmen entziehen sich Arbeitsrechten, etc., ich frage: Ist nicht genau das informell?

Die Kolumbianerin Nora Padilla, die selbst in einem Armenviertel lebt, kämpft seit Jahren für die Anerkennung grundlegender Rechte und die politische Mitbestimmung informeller Arbeiter – die Müllsammlerin aus Bogota hat erreicht, dass Kolumbien die Recycler als Kleinunternehmer anerkennt, für ihr Engagement gewann sie Preise. Sie selbst aber sagt:

OT Nora

Es gibt viele Beispiele, weltweit, wie soziale Organisationen von unten einen Wandel angestoßen haben. Das ist wichtig, aber ich möchte eines klar sagen: es reicht nicht. Denn es wird keine nachhaltigen und inklusiven Städte geben, wenn Millionen nur das Recht aufs Überleben zugestanden wird, während das Recht auf Wohlstand nur wenige auf der Welt haben.

Anne Herrberg, Quito